

## "Es fehlt in unserem Land nicht an Geld"

Höhere Löhne, höhere Kindergrundsicherung, höhere Hartz-IV-Sätze: SPD-Chefin Saskia Esken über nötige Folgen der Inflation, falsche FDP-Vorschläge und ihr Duschverhalten

Interview **Anna Lehmann** und **Stefan Reinecke** **taz am wochenende: Frau Esken, duschen Sie gern kalt?** **Saskia Esken:** Nur wenn es unbedingt sein muss.

**Müssen wir alle, wenn kein Gas mehr aus Russland fließt?** [Energie-sparen-in-Kriegszeiten/!5861271"> bald häufiger kalt duschen](#)

Appelle sind aus meiner privilegierten Position wohlfeil und reichen allein nicht aus. Menschen mit geringen Einkommen haben sich schon vor der Krise im Alltag einschränken müssen. Diesen Menschen muss niemand erklären, wie man spart. Sie brauchen dringend Unterstützung. Davon abgesehen sollten wir uns alle bemühen, nach Kräften **Energie** zu sparen, um das Klima zu schonen, um uns aus der Abhängigkeit von Russland zu befreien und Kosten zu sparen.

### **Brauchen wir ein drittes Entlastungspaket für Menschen mit geringen Einkommen?**

Die Bundesregierung hat gerade Entlastungen im Umfang von über 30 Milliarden beschlossen, die breit wirken. Zum 1. Juli wurde etwa [Erneuerbare/!5851523">die EEG-Umlage abgeschafft](#), dadurch werden Strompreise wesentlich günstiger. Grundsicherungsempfänger haben eine Einmalzahlung erhalten, Familien einen Kinderbonus, Wohngeld- und Bafög-Empfänger einen Heizkostenzuschuss. Zum 1. Juni kamen der Tankrabatt und das sehr erfolgreiche 9-Euro-Ticket, über dessen Weiterentwicklung ja schon munter debattiert wird. Und es stehen noch die 300 Euro [Energiepreise-abfedern/!5851228">Energiepreispauschale](#) aus, die alle Erwerbstätigen erhalten.

### **Die Pauschale muss versteuert werden, aber um die 174 Euro bekommen auch Gutverdiener wie Sie. Brauchen Sie das Geld?**

Nein. Wir haben diskutiert, ob wir die Pauschale auf bestimmte Einkommen begrenzen, aber das hätte die Sache komplizierter gemacht. Deshalb haben wir uns entschieden, soziale Gerechtigkeit über die Steuerprogression zu erreichen. Gerade für Geringverdiener - auch für Selbstständige oder Minijobber, die wir damit ebenfalls erreichen - ist das eine erhebliche Unterstützung.

### **Reichen diese Maßnahmen bei knapp 8 Prozent Inflation aus?**

Das ist tatsächlich eine wichtige Frage, die ja auch damit zu tun hat, wie lange die Belastung andauert. Denn selbst wenn die Inflation sich normalisieren sollte, werden die Preise hoch bleiben. Deswegen müssen wir dafür sorgen, dass Menschen mit niedrigen Einkommen dauerhaft Unterstützung bekommen. Das kann aber nicht alleine der Staat leisten. Die Löhne müssen steigen.

### **12 Euro Mindestlohn reichen nicht?**

Der Mindestlohn stellt eine Haltelinie nach unten dar. Ab Oktober wird er wesentlich erhöht. Das ist großartig, aber natürlich ist das auch weiterhin kein Einkommen, das für ein gutes Leben reicht. Und die Inflation bringt auch Familien im Durchschnittseinkommen in Nöte. Deshalb müssen wir dafür sorgen, dass vor allem die unteren und mittleren Einkommen wesentlich erhöht werden. Das ist Angelegenheit der Tarifpartner. Leider sinkt die Tarifbindung seit Jahren, für nicht einmal die Hälfte der Arbeitnehmer:innen gilt ein Tarifvertrag. Das ist vor allem im Osten ein Riesenproblem. Im Einzelhandel werden lausige Löhne bezahlt, obwohl einige - nicht alle - Unternehmen gerade in den letzten zwei Jahren dort richtig gutes Geld verdient haben.

### **Treiben steigende Löhne nicht auch die Preise in die Höhe?**

Nein. Sogar der Arbeitgeberpräsident sagt, dass die Löhne derzeit nicht der Preistreiber sind. Im Gegenteil richtet der Kaufkraftverlust der unteren Einkommensgruppen nicht nur sozialen, sondern auch volkswirtschaftlichen Schaden an. Durch steigende Niedriglöhne lösen wir ganz unmittelbar eine Lohn-Kaufkraft-Spirale aus, die die Binnennachfrage stärkt. Deswegen warne ich vor zu geringen Lohnabschlüssen.

### **Die Politik kann nur appellieren, Löhne anzuheben ?**

Auf die Tarifbindung können wir mit einem Bundestariftreuegesetz Einfluss nehmen. Der Bund ist ein großer Kunde. Wenn er Tarifbindung als Bedingung vorgibt, ist das ein starkes Signal. Auch die [konzertierte Aktion](#) muss sich zum Ziel setzen, die Tarifbindung in den großen Branchen wieder wesentlich zu erhöhen. Die EU gibt uns als Zielmarke 80 Prozent vor - ich wäre mit einer Erhöhung von 50 auf 70 Prozent schon sehr glücklich.

**Die DGB-Vorsitzende Yasmin Fahimi schlägt vor, dass jede Bürger:in ein Grundkontingent **Energie** zu einem Festpreis erhält. Wer mehr verbraucht, muss dafür den Marktpreis zahlen. Ein guter Vorschlag?**

Ein solcher Preisdeckel wäre durchaus hilfreich und sinnvoll, aber nur, wenn wir ihn langfristig halten können und nicht nur für wenige Monate. Eine solche Maßnahme käme den Staat sehr teuer zu stehen, würde aber auch ein bisschen nach dem Prinzip Gießkanne entlasten. Denn der günstige Preis käme ja allen zugute.

**Sie sind also skeptisch?**

Ich bin der Meinung, dass wir gezielt entlasten und zudem Sicherheit geben müssen, wo es am dringendsten gebraucht wird. Sicherheit bietet etwa ein Kündigungsmoratorium. Wer jetzt die Miete oder Rechnungen für Strom und Gas nicht zahlen kann, darf nicht sofort aus dem Vertrag fallen. Bei Hartz-IV-Empfängern werden die Heizkosten ja übernommen. Da müssen wir sicherstellen, dass die Ämter die in voller Höhe bezahlen. Den Heizkostenzuschuss für die Empfänger von Wohngeld und Bafög haben wir ja auch verdoppelt. Es ist aber gut möglich, dass ein weiterer Zuschuss nötig wird.

**FDP-Finanzminister Christian Lindner will keine weiteren Entlastungen in diesem Jahr. Akzeptiert die SPD das?**

Wenn wir sehen, dass weitere Entlastungen nötig sind, dann werden wir darüber sprechen. Dann wird auch der Finanzminister Wege finden müssen, damit umzugehen.

**Lindner möchte lieber die kalte Progression abbauen, also den Effekt, dass man mit steigendem Lohn in einen höheren Steuersatz rutscht. Sind Steuererleichterungen nötig?**

Von Steuersenkungen profitieren doch immer die am meisten, die sehr viel verdienen, während das untere Drittel der Erwerbstätigen, die wegen ihres geringen Einkommens gar keine Lohnsteuer zahlen, gar nichts davon haben. Dieser FDP-Vorschlag geht also in die völlig falsche Richtung. Er ist sehr teuer und steht auch nicht im Koalitionsvertrag.

**Sagen Sie das im Koalitionsausschuss auch so Herrn Lindner? Oder nennen Sie ihn Christian?**

Ich nenne ihn Christian.

**Sagen Sie also: "Christian, das war so nicht abgemacht"?**

Wenn die FDP jede Überlegung, wie höhere Einkommen zur Finanzierung der notwendigen Investitionen beitragen können, mit "Das steht nicht im Koalitionsvertrag" abtut, dann braucht sie auch keine Ideen zur Entlastung von Gutverdienern in Talkshows vortragen.

**Im Koalitionsvertrag steht aber die Kindergrundsicherung. Wann kommt die?**

Anders als die große Hartz-IV-Reform hin zum Bürgergeld schaffen wir das sicher nicht zu Beginn des Jahres 2023. Die Ausgestaltung der Kindergrundsicherung ist nicht trivial. Die große Herausforderung wird sein, dass sie nicht nur auf Antrag bezahlt wird, sondern wir automatisch alle so erreichen, wie sie es brauchen.

**Im Konzept der SPD ist von einem Grundbetrag von 250 Euro und einem Maximalbetrag von 478 Euro die Rede.**

Diese Berechnungen sind ja schon etwas älter. Seitdem haben wir es mit massiv steigenden Preisen zu tun. Ich werde notfalls dafür streiten, dass wir die Familien besonders schützen, die unter den Folgen der Pandemie und der Inflation leiden.

**Zu Beginn des Jahres 2023 soll das Bürgergeld Hartz IV ersetzen. Wie hoch soll die Grundsicherung bei Bürgergeld sein?**

Zunächst einmal steckt in der Reform ein grundsätzlich anderer Umgang des Sozialstaats mit den Menschen, die seine Unterstützung benötigen. Wir werden das Sanktionsregime überarbeiten, die Zuverdienstregeln verbessern und die Bereitschaft zur Weiterbildung honorieren. Wir müssen aber auch die Berechnung der Regelsätze grundlegend ändern. Derzeit bezieht sich das Berechnungsmodell als Referenz auf die unteren 20 Prozent der Einkommensgruppen und rechnet bestimmte Bedarfe, zum Beispiel **Energiekosten**, raus. Wir müssen also den Warenkorb verändern, und die Berechnung muss sich mindestens auf die unteren 30 Prozent der Einkommensgruppen beziehen. Damit werden auch die Regelsätze wesentlich steigen.

**Eine Erhöhung der Regelsätze um 10 Prozent kostet etwa 14 Milliarden Euro. Die Kindergrundsicherung pro Jahr. Woher soll das Geld kommen?**[kostet laut Ifo-Institut bis zu 37 Milliarden Euro](#)

Es fehlt in unserem Land nicht an Geld.

**Aha.**

Ja. Deutschland ist ein sehr reiches Land. Das Vermögen der Allerreichsten ist in den letzten beiden Jahren der Coronapandemie um 20 Prozent gestiegen. In einer Phase, in der viele Menschen in existenzieller Not waren.

**Die SPD hat in ihrem Wahlprogramm eine Vermögensteuer gefordert. Die steht aber nicht im Koalitionsvertrag.**

Die SPD wird in dieser Koalition auch weiterhin Mahnerin für Verteilungsgerechtigkeit sein, dafür stehe ich auch persönlich grade. Deswegen werden wir auch immer wieder den Finger heben und darauf hinweisen, dass sehr hohe Einkommen und Vermögen einen höheren Beitrag zum Gemeinwesen leisten müssen.

**Die Finger hat man nicht oft gesehen.**

Das kann man nun wirklich nicht sagen. Ich werde nicht müde, die Verteilungsfrage deutlich hörbar zu stellen.

**Und was sagt Ihr Parteifreund Olaf Scholz dazu?**

Die Vermögensteuer steht in unserem Wahlprogramm, dessen Autor auch Olaf Scholz ist. Wir sind uns einig, mit ihm muss ich darüber also nicht sprechen. Wenn Kindergrundsicherung und Bürgergeld als Konzepte auf dem Tisch liegen, dann werden wir in der Koalition über die Finanzierung sprechen. Keine Regierung seit 1949 hat eine so dramatische Situation vorgefunden wie wir. In so einer Situation müssen alle bereit sein, Zugeständnisse an die aktuelle Situation zu machen. Das gilt auch für die FDP.jj

*Saskia Esken*

**Die Politikerin**

Saskia Esken ist seit 2019 SPD-Co-Chefin. Sie gehört dem linken Flügel der Partei an.

**Das macht ihr Angst**

"Keine Angst, aber große Sorge bereitet mir das weitere Auseinanderdriften unserer Gesellschaft aufgrund der Auswirkungen der weltweiten Krisen."

**Das macht ihr Hoffnung**

"Dass wir mit Olaf Scholz einen klugen und besonnenen Kanzler haben, der mit seinem kooperativen Führungsstil sicher durch die Krisen führt."



*Will Mahnerin für Verteilungsgerechtigkeit sein: SPD-Chefin Saskia Esken Doro Zinn*

*Anna Lehmann*

*Stefan Reinecke*

**Quelle:** taz.die tageszeitung vom 09.07.2022, Seite 13


**Dokumentnummer:** T20220907.5863826

---

**Dauerhafte Adresse des Dokuments:**

[https://www.wiso-net.de/document/TAZ\\_c319cfd80799bcd709a6f593bf4d1d8c1bf8a945](https://www.wiso-net.de/document/TAZ_c319cfd80799bcd709a6f593bf4d1d8c1bf8a945)

Alle Rechte vorbehalten: (c) taz, die tageszeitung Verlagsgenossenschaft e.G.

 © GBI-Genios Deutsche Wirtschaftsdatenbank GmbH